

MEHR NACHHALTIGKEIT WAGEN

Am Beispiel der nachhaltigen Entwicklung lassen sich politische Entscheidungsprozesse einer pluralistischen Gesellschaft analysieren und das Interesse für eigenes Engagement wecken. Eine Akteurs-Analyse kann dabei als Ausgangspunkt dienen, um Jugendliche an politische Prozesse heranzuführen.

Konsumenten und Unternehmen verhalten sich trotz aller Umweltinformationen nicht ausreichend umweltverträglich. Erkenntnisse der Umweltökonomie und diverse empirische Untersuchungen zeigen, dass sozial-ökonomische Faktoren hierfür verantwortlich sind. Soll eine nachhaltige Entwicklung eingeleitet werden, müssen daher die direkten Akteure (innerer Kreis der Abbildung S. 54) die Rahmenbedingungen (z.B. die Preise für natürliche Ressourcen) mittels Gesetzen ändern.

In einer pluralistischen Gesellschaft werden diese direkten Akteure aber durch die übrigen gesellschaftlichen Akteursgruppen beeinflusst, Politikversagen kann die Folge sein.

Nebel der Undurchschaubarkeit

Um junge Menschen wieder an politischen Prozessen zu interessieren, müssen die Faktoren des Versagens der Politik und der gesellschaftlichen Akteursgruppen aus dem Nebel der Undurchschaubarkeit geholt werden. Diese Faktoren zeigen, warum die Politik oft nicht in der Lage ist, die für die Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung unabdingbare Änderung der politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen herbeizuführen. Eine konsistente Nachhaltigkeitsstrategie ist so nur unter besonderen Bedingungen (z.B. öffentlicher Druck aufgrund von Umweltkatastrophen) durchzusetzen.

Die Politik neigt oft dazu, der Öffentlichkeit aktives Handeln vorzugaukeln. Sie beschließt viele Rechtsnormen und andere Maßnahmen, die keine Änderung der Rahmenbedingungen bewirken und damit auch keine ausreichende Wirkung entfalten, was als Symbolpolitik bezeichnet werden kann.

Interessen durchsetzen

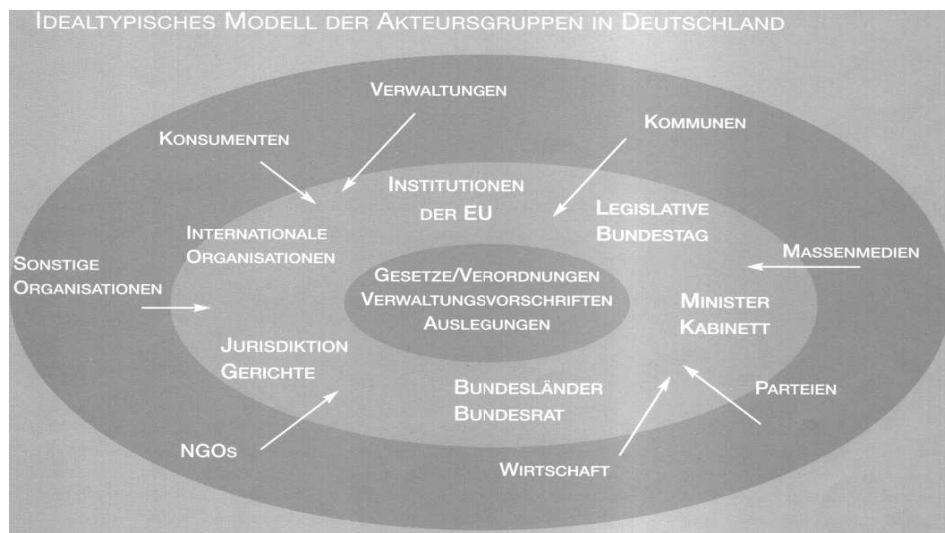
Die Akteure haben eigennutzorientierte Interessen (höheres Einkommen, Prestige, Macht), die sie durchsetzen wollen. Für den Unterricht bietet es sich an, mit einer wiederkehrenden Gliederung die Akteursgruppen zu erörtern: ihre rechtlich-politische Stellung, ihre Interessen, ihre Mittel zur Interessendurchsetzung, der Einfluss der anderen Akteursgruppen auf ihre Handlungen (siehe Pfeile in der Abbildung).

SchülerInnen der Oberstufe und Studierende können in Referaten Interessen und Mittel der an öffentlichen Aushandlungsprozessen beteiligten Akteure vorstellen. Hierbei können sie beispielhaft verstehen lernen, warum so viele gesellschaftliche Lösungsprozesse quälend langsam verlaufen.

Die Rolle der politischen Akteure von der kommunalen bis zur globalen Ebene sollte ebenso behandelt werden wie der Einfluss der indirekten Akteure wie der Medien, der Parteien, Wirtschaftsverbände, Nichtregierungsorganisationen und so weiter. Heute bekennen sich verbal alle Akteursgruppen in Deutschland zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, von einer allgemein einheitlichen Definition und Zielsetzung sind die gesellschaftlichen Akteursgruppen aber weit entfernt.

Die Mehrzahl der Akteursgruppen ist nicht bereit, ausreichende Konsequenzen aus der Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen und dem neuen Leitbild der Nachhaltigkeit zu ziehen. Es ist offensichtlich, dass nicht nur die politischen, sondern auch die Mehrzahl der übrigen Akteure Symbol- statt Lösungspolitik betreiben.

Teilweise (zum Beispiel von Teilen der Wirtschaft) wird Nachhaltigkeit so definiert, dass der Kern der Nachhaltigkeit auf den Kopf gestellt wird. Die wirtschaftliche Entwicklung soll hiernach nicht in den Grenzen des Umweltraumes erfolgen, sondern



Umweltschutz im Rahmen des wirtschaftlich Verträglichen.

Eine Untersuchung der Akteure, die ausschließlich von eigennutzorientierten Akteuren ausgeht, kommt zum Ergebnis, dass die gesellschaftlichen Hemmnisse dominieren. Die untersuchten Akteure verfolgen aber auch inhaltliche Ziele (zum Beispiel uneigennützig wie „eine humane Zukunft für unsere Enkelkinder sichern“). Diese inhaltlichen Ziele bieten die Ansatzpunkte für die Herausarbeitung der Bedingungen, unter denen die Hemmnisse überwunden werden können. Zu nennen sind beispielsweise öffentliche Problemwahrnehmung, richtiger Zeitpunkt und ausreichende Reichweite von Maßnahmen und Kampagnen, Bündnisfähigkeit der Akteursgruppen, überzeugendes Engagement und Reform der internationalen Organisationen.

Wichtig ist die Herausstellung der Erfolgchancen: Die vergangenen 30 Jahre Umweltschutzpolitik haben bewiesen, dass unter bestimmten Bedingungen (öffentlicher Druck oder neue Mehrheiten) sehr wohl große Schritte in Richtung einer nachhaltigen Politik möglich sind. Die Beispiele sind vielfältig und reichen von den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart: Das Energiespargesetz und das Bundesimmissionsschutzgesetz mit ihren zahlreichen Verordnungen, das Atomausstiegsgesetz oder die ersten Stufen der Ökologischen Steuerreform und das ErneuerbareEnergien-Gesetz, die einen beispiellosen Boom dieser Branche zur Folge hatten.

Ein perfektes Drehbuch für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik existiert nicht, aber die SchülerInnen und Studierenden können verschiedene Strategieansätze erarbeiten:

Erstens könnten die direkten und in direkten Akteure gesellschaftliche Bündnisse schließen, die parlamentarische Mehrheiten für eine (starke) Nachhaltigkeit herstellen und für eine kritische „Begleitung“ des Prozesses sorgen.

Solche Akteursbündnisse könnten auch Strategien entwickeln, um einen ausreichend großen öffentlichen Druck zu entfalten, falls keine parlamentarischen Mehrheiten erreichbar sind.

Zweitens könnten Akteursbündnisse die notwendigen politisch-rechtlichen Instrumente so weit vorbereiten, dass diese bei zunehmender öffentlicher Akzeptanz (zum Beispiel aufgrund dramatischer Umweltkatastrophen) umgehend eingeführt werden können. Hierzu bieten sich Bündnisse zwischen Bürgergesellschaft und Politik an.

Drittens könnte der Anteil der Akteure, die ein legitimes Eigeninteresse an einer konsequenten Nachhaltigkeitsstrategie haben, durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Nachfragepotentialen in diesem Bereich kontinuierlich erhöht werden (Vergleiche die 130.000 Arbeitsplätze in der ErneuerbarenEnergien-Branche).

Viertens sollte die internationale Perspektive nicht aus den Augen verloren werden. Hierzu gehört die Entwicklung von Gegenmodellen zum neoliberalen Modell. Zu diskutieren ist die Frage, ob ein nachhaltigkeitsorientierter Wirtschafts- und Politikraum angestrebt werden sollte, dessen Nukleus die Europäische Union darstellen könnte.

Es sollte vermittelt werden, dass sich die politischen Akteure, aufgrund der ungleichen Machtverteilung, nicht auf die Rolle eines Schiedsrichters zurückziehen dürfen. Vielmehr stehen sie in der Verantwortung die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sicherzustellen.